



# Eidgenössische Wahlen 2015

## Befragung der Kandidierenden zum Thema Gleichberechtigung von Frau und Mann

Publikation auf [www.gleichberechtigung.ch](http://www.gleichberechtigung.ch)

---



Nationalratswahlen vom 18.10.2015

Kanton: ZH

Liste: 02  
Sozialdemokratische Partei (SP)

**Pearl Pedergrana**

[www.pedergrana.ch](http://www.pedergrana.ch)

**Welcher Stellenwert hat die Gleichberechtigung von Frau und Mann in Ihrer politischen Arbeit?**

Die Gleichberechtigung hat für mich einen sehr hohen Stellenwert. Dafür engagiere ich mich seit 30 Jahren, auch für die nächste Generation.

**Was sind allgemein die Schwerpunkte Ihrer Politik?**

Eine wirkungsvolle Sozialpolitik ist mir besonders wichtig.

Aus meiner Tätigkeit als Stiftungsrätin bei Pro Senectute Kanton Zürich und bei andante (für Menschen mit Behinderung) weiss ich, in welcher schwierigen Lebenssituation man von einem Moment zum andern geraten kann und wie wichtig die IV, Sozialhilfe und andere Sozialversicherungen sind.

Hirnverletzt – demenz – pflegebedürftig? Jeden kann es treffen. Und jeder weiss: Die Langzeitpflege ist eine grosse Belastung. Wir brauchen bessere Lösungen, zum Beispiel die solidarische Finanzierung der Pflegekosten. Darum engagiere ich mich für eine Pflegeversicherung für alle.

## Allgemeine Dienstpflicht für alle anstelle der heute nur für Männer geltenden Militärdienstpflicht/Zivildienstpflicht und Zivilschutzdienstpflicht

---

Sind Sie der Auffassung, dass für Frauen und Männer grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten gelten sollen?

- Ja, auf jeden Fall, ich werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- Ja, ich persönlich setze mich zwar nicht aktiv dafür ein, entsprechende Vorstösse würde ich aber gerne unterstützen.
- Nein, die Militär- und Zivilschutzdienstpflicht soll weiterhin nur für Männer gelten.
- So lang Frauen immer noch deutlich weniger als Männer verdienen, sollen sie als Ausgleich auch nicht ins Militär gehen müssen.

Anstelle der heute einseitig für Männer geltenden Militär- und Zivilschutzdienstpflicht könnte eine allgemeine Dienstpflicht für alle eingeführt werden, welche wahlweise als Militär-, Zivilschutz-, Umwelt- oder Sozialdienst geleistet werden kann. Was halten Sie davon?

- Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- Nein, ich bin gegen eine allgemeine Dienstpflicht für alle. Die Militär- und Zivilschutzdienstpflicht sollte aber auch für Frauen gelten.
- Das würde Mehrkosten mit sich bringen und der Staat hat diese Mittel nicht zur Verfügung.

## Gleichstellung bezüglich AHV-Rententalter (derzeit Frauen 64 und Männer 65), Witwen- und Witwerrente

---

Würden Sie es befürworten, wenn bei der jetzigen AHV-Revision Frauen und Männer vollständig gleichberechtigt würden sowohl bezüglich AHV-Alter wie auch bezüglich Hinterlassenenrente?

- Ja, bei der AHV soll die Gleichberechtigung jetzt auf jeden Fall vollständig umgesetzt werden.
- Ich bin vorerst nur für Gleichberechtigung beim AHV-Rententalter, die Witwenrente soll gegenüber der Witwerrente noch weitreichender bleiben.
- Ich bin gegen eine Gleichberechtigung bei der AHV, wenn dazu das Frauenrententalter erhöht werden soll.
- Frauen verdienen bei gleicher Arbeit wesentlich weniger. Dafür werden sie 1 Jahr vor den Männern pensioniert.

## Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

---

Das eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann ist nicht mehr zeitgemäss. Es sollte aufgehoben und dadurch Kosten eingespart werden. Was halten Sie davon?

- Ja, das Büro ist überflüssig. Zudem werden Anliegen von Frauen und von Männern dort nicht gleichermassen berücksichtigt.
- Nein, das Büro erfüllt wichtige Aufgaben.
- 

Halten Sie Quotenregelungen zur Verwirklichung der "tatsächlichen Gleichstellung" von Frau und Mann für sinnvoll?

- Ja, die Festlegung von Frauenquoten kann legitim sein.
- Nein, Frauenquoten stehen im Widerspruch zur Chancengleichheit.
- 

## Elternschaftsurlaub anstelle von Mutterschaftsurlaub

---

Der 14-wöchige Mutterschaftsurlaub könnte durch einen 14-wöchigen Elternschaftsurlaub ersetzt werden. Davon sollten die ersten 9 Wochen auf jeden Fall von der Mutter bezogen werden. Die restlichen 5 Wochen könnten auf Wunsch des Vaters auch von diesem innerhalb der ersten 14 Wochen nach der Geburt bezogen werden. Was halten Sie davon?

- Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- Ich bin dafür, dass es zusätzlich zum 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub einen Vaterschaftsurlaub gibt.
- Nein, ich sehe keinen Handlungsbedarf, es soll beim 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub bleiben.
-

## Familien- und Scheidungsrecht

---

Kinder sollen unabhängig vom Zivilstand ihrer Eltern immer denselben Anspruch auf beide Elternteile haben. Beide Elternteile sollen in Bezug auf ihr gemeinsames Kind unabhängig vom Zivilstand immer dieselben Rechte und Pflichten haben, sofern dies das Kindeswohl nicht absolut verbietet. Beide Elternteile sollen im Familien- und Scheidungsrecht genau gleich behandelt werden. Was halten Sie davon?

- Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren in diesem Sinne einsetzen.
- Nein, die Mutter-Kind-Beziehung hat Vorrang.
- Das gemeinsame Sorgerecht ist nur für Paare geeignet, welche auch ohne Staat eine Lösung finden würden.

## Einbezug des werdenden Vaters vor einem allfälligen Schwangerschaftsabbruch im Interesse des werdenden Kindes

---

Ein werdender Vater soll im Interesse des werdenden Kindes vor einem allfälligen Schwangerschaftsabbruch nach Möglichkeit in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden. Unter plausiblen Voraussetzungen und mit strengen Verpflichtungen zur Übernahme der Sorge soll er eine Art Veto-Recht gegen die Abtreibung erhalten. Was halten Sie davon?

- Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- Nein, ein Schwangerschaftsabbruch ist alleinige Sache der werdenden Mutter.
-

## Katholische Kirche: Frauenpriestertum, Pflichtzölibat

---

Niemand soll aufgrund des Geschlechtes von einem Beruf oder einer Tätigkeit ausgeschlossen werden dürfen. Was halten Sie davon?

- Ja, das Verbot des Frauenpriestertums ist eine unzulässige Diskriminierung und sollte von der Politik nicht einfach so hingenommen werden.
- Nein, das Verbot des Frauenpriestertums ist eine rein innerkirchliche Angelegenheit. Das geht die Politik nichts an.
- Solange die katholische Kirche gesellschaftspolitisch nicht wirksam ist, kann sie auch an absurden Geschlechterrollen festhalten.

Niemand soll im Beruf oder bei der Tätigkeit zur Ehelosigkeit oder Kinderlosigkeit verpflichtet werden dürfen, auch nicht unter Androhung von Nachteilen. Was halten Sie davon?

- Ja, der Pflichtzölibat ist eine unzulässige Verletzung der Grundrechte und sollte von der Politik nicht einfach so hingenommen werden.
- Nein, der Pflichtzölibat ist eine rein innerkirchliche Angelegenheit. Das geht die Politik nichts an.
- Viele Priester haben eine Partnerin und Kinder, nur halten sie dies geheim. Das ist ihre Angelegenheit. Freie Berufswahl.

## Verfassungsgerichtsbarkeit

---

Das Bundesgericht soll die Bundesgesetze auf deren Verfassungsmässigkeit hin überprüfen dürfen, so dass zukünftig auch die Bundesgesetze mit den direkt vom Volk erlassenen Bestimmungen der Bundesverfassung übereinstimmen, beispielsweise auch mit dem Gleichberechtigungsgebot. Was halten Sie davon?

- Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- Nein, die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit würde nur unnötig den Handlungsspielraum der Parlamentsmitglieder einschränken.
-